

Stadtverordnetenbüro  
Auskunft erteilt: Frau Benz  
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1033  
Telefax: 0641 306-2033  
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 03.09.2018

## **N i e d e r s c h r i f t**

der 14. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Sport und Integration  
am Mittwoch, dem 15.08.2018,  
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.  
Sitzungsdauer: 19:00 - 19:50 Uhr

### **Anwesende Ausschussmitglieder:**

#### **Stadtverordnete der SPD-Fraktion:**

Frau Katarzyna Bandurka  
Frau Inge Bietz  
Herr Egon Fritz

(in Vertretung für Stv. Heimbach)

(in Vertretung für Stv. Sahin)

#### **Stadtverordnete der Gießener Linke-Fraktion:**

Herr Michael Janitzki

(in Vertretung für Stv. Beltz)

#### **Stadtverordnete der CDU-Fraktion:**

Frau Anja-Verena Helmchen  
Herr Randy Uelman

#### **Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Frau Christiane Janetzky-Klein  
Frau Sandrine Piljanovic

#### **Stadtverordnete der AfD-Fraktion:**

Frau Sandra Weegels

#### **Stadtverordnete der FW-Fraktion:**

Frau Pia Mauthe

#### **Stadtverordnete der FDP-Fraktion:**

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich

#### **Außerdem:**

Herr Hanno Kern

CDU-Fraktion

Herr Klaus-Dieter Grothe	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Hilmar Jordan	AfD-Fraktion
Herr Prof. Dr. Steffen Reichmann	AfD-Fraktion
Frau Manuela Giorgis	FDP-Fraktion

**Vom Magistrat:**

Frau Dietlind Grabe-Bolz	Oberbürgermeisterin	
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin	(ab 19:30 Uhr)
Frau Astrid Eibelshäuser	Stadträtin	

**Von der Verwaltung:**

Herr Jürgen Trölller	(stellv. Leiter Haupt- und Personalamt)
----------------------	---

**Vom Ausländerbeirat:**

Herr Ahmad Mutaz Faysal

**Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:**

Frau Simone Benz	Schifführerin
------------------	---------------

**Entschuldigt:**

Frau Claudia Heimbach	SPD-Fraktion
Herr Zeynal Sahin	SPD-Fraktion
Herr Michael Beltz	Fraktion Gießener LINKE

Der stellvertretende Vorsitzende Uelman eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

**Stadträtin Eibelhäuser** stellt den Antrag „Gründung des Vereins Antidiskriminierung Mittelhessen (e. V.), Antrag des Magistrats vom 23.05.2018, STV/1159/2018“, der als TOP 2 der Tagesordnung vorgesehen ist, zurück.

**Stellv. Vorsitzende** teilt mit, der Resolutionsantrag „Gießen steht zur Seenotrettung, Antrag der Fraktion Gießener LINKE vom 07.08.2018, STV/1286/2018“ wurde von Herrn Riedl mit E-Mail vom 15.08.2018 zurückgezogen.

Die Tagesordnung wird in der geänderten Form beschlossen.

**Tagesordnung (öffentliche Sitzung):**

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Gründung des Vereins Antidiskriminierung Mittelhessen (e.V.)  
- Antrag des Magistrats vom 23.05.2018 - STV/1159/2018  
Zurückgestellt -
3. Frauenförder- und Gleichstellungspläne nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz  
- Antrag des Magistrats vom 23.07.2018 - STV/1243/2018
4. Bericht zu den Frauenförderplänen der Stadtverwaltung Gießen und des Amtes für Brand- und Bevölkerungsschutz für die Jahre 2015 bis 2017 nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz (HGIG)  
- Antrag des Magistrats vom 23.07.2018 - STV/1244/2018
5. Bericht zum aktuellen Stand bzgl. Integration des "Manischen" in die kulturellen Aktivitäten der Stadt Gießen (Antrag der FDP-Fraktion vom 08.01.2018);  
hier: Aussprache zum vorliegenden Bericht des Magistrats vom 18.07.2018 STV/0965/2018
6. Bericht über städtische Jugendtreffs (Antrag der FDP-Fraktion vom 08.04.2017);  
hier: Aussprache zum vorliegenden Bericht des Magistrats vom 11.06.2018 STV/1084/2018
7. Umsetzung des Wohnraumversorgungskonzeptes  
- Antrag der Fraktion Gießener Linke vom 06.08.2018 - STV/1279/2018
8. Resolutionsantrag: Gießen steht zur Seenotrettung  
- Antrag der Fraktion Gießener Linke vom 07.08.2018 - STV/1286/2018  
Zurückgezogen
9. Verschiedenes

**Abwicklung der Tagesordnung:**

## Öffentliche Sitzung:

### 1. Bürger/-innenfragestunde

---

Es liegen keine Fragen vor.

### 2. **Gründung des Vereins Antidiskriminierung Mittelhessen (e.V.)** **STV/1159/2018** **- Antrag des Magistrats vom 23.05.2018 -**

---

#### **Antrag:**

- „1. Die Universitätsstadt Gießen tritt dem Verein als Gründungsmitglied bei.
2. Die Universitätsstadt Gießen unterstützt die geplante Antidiskriminierungsstelle des Vereins durch eine aktive Mitarbeit im Verein und durch finanzielle Bezuschussung.
3. 1. und 2. werden nur dann wirksam, wenn mindestens eine weitere Gebietskörperschaft aus Mittelhessen als Vereinsmitglied die geplante Antidiskriminierungsstelle mitträgt.
4. In der Vereinssatzung ist noch ein angemessener Einfluss der Stadt Gießen sicherzustellen.“

**Beratungsergebnis:** Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

### 3. **Frauenförder- und Gleichstellungspläne nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz** **STV/1243/2018** **- Antrag des Magistrats vom 23.07.2018 -**

---

#### **Antrag:**

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Frauenförder- und Gleichstellungspläne für

- die Universitätsstadt Gießen (mit Ausnahme des Amtes für Brand- und Bevölkerungsschutz)
- das Amt für Brand- und Bevölkerungsschutz“

An der kurzen Aussprach beteiligen sich Oberbürgermeisterin Grabe Bolz, Stv. Janitzki und Stv. Bietz.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

4. **Bericht zu den Frauenförderplänen der Stadtverwaltung Gießen und des Amtes für Brand- und Bevölkerungsschutz für die Jahre 2015 bis 2017 nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz (HGIG)** **STV/1244/2018**  
**- Antrag des Magistrats vom 23.07.2018 –**
- 

**Antrag:**

„Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Personalentwicklung nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) für die Stadtverwaltung Gießen und das Amt für Brand- und Bevölkerungsschutz zur Kenntnis.“

An der kurzen Aussprache beteiligen sich Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz, Stv. Bietz und Herr Tröller.

**Beratungsergebnis:** Zur Kenntnis genommen.

5. **Bericht zum aktuellen Stand bzgl. Integration des "Manischen" in die kulturellen Aktivitäten der Stadt Gießen (Antrag der FDP-Fraktion vom 08.01.2018); hier: Aussprache zum vorliegenden Bericht des Magistrats vom 18.07.2018** **STV/0965/2018**
- 

Der Bericht des Magistrats vom 18.07.2018 liegt den Anwesenden vor. (Er ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.)

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Dr. Greilich, Giorgis, Bietz und Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz.

**Beratungsergebnis:** Zur Kenntnis genommen.

6. **Bericht über städtische Jugendtreffs (Antrag der FDP-Fraktion vom 08.04.2017); hier: Aussprache zum vorliegenden Bericht des Magistrats vom 11.06.2018** **STV/1084/2018**
- 

Der Bericht des Magistrats vom 11.06.2018 liegt den Anwesenden vor.

**Stv. Dr. Greilich** erkundigt sich nach dem Jugendtreff Wieseck, der in der Aufstellung nicht berücksichtigt wurde.

**Bürgermeisterin Weigel Greilich** erklärt, ihres Wissens nach existieren der Jugendtreff Wieseck nach wie vor. Sie vermute er wurde beim Verfassen des

Berichts vergessen aufzuführen. Sie sagt zu, die entsprechenden Zahlen nachzureichen. (Der ergänzte Bericht ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.)

**Beratungsergebnis:** Zur Kenntnis genommen.

**7. Umsetzung des Wohnraumversorgungskonzeptes STV/1279/2018  
- Antrag der Fraktion Gießener Linke vom 06.08.2018 -**

---

**Antrag:**

„Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, das im November 2016 beschlossene Wohnraumversorgungskonzept umzusetzen und zwar

1. umgehend die Koordinierungsgruppe Soziale Wohnungsvergabe einzurichten,
2. umgehend die Vergabekriterien und Dringlichkeitsstufen zu erarbeiten und
3. in der Bau-Ausschusssitzung im September 2018 über die Umsetzung dieser Punkte zu berichten.“

**Begründung:**

Der Weg bis dahin, dass Gießen ein Wohnraumversorgungskonzept bekommen hat, war sehr langwierig.

Als erste hat so ein Konzept die Fraktion Die Linke im Oktober 2005 beantragt; allerdings ohne Erfolg. Der Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum stieg in den folgenden Jahren ständig an, so dass 2011 im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen das Wohnraumversorgungskonzept als Ziel aufgeführt wurde. Durch die Anhörung zum sozialen Wohnungsbau, welche die Stadtverordnetenversammlung im November 2011 durchgeführt hatte, wurde dringender Handlungsbedarf deutlich, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Weitere drei Jahre verstrichen, bis es im November 2014 die Auftaktveranstaltung zur Erarbeitung eines kommunalen Wohnraumversorgungskonzeptes gab.

Nach weiteren zwei Jahren konnte das Stadtparlament endlich das Wohnraumversorgungskonzept beschließen.

Das war im November 2016 und seitdem ist so gut wie nichts geschehen.

Offensichtlich soll die Umsetzung des Konzeptes ähnlich langsam verlaufen wie seine Entstehung.

Immer noch gibt es keine einheitlichen Kriterien bei der Wohnbau GmbH, nach denen Sozialwohnungen vergeben werden!

**Stv. Janitzki** spricht zur Antragsbegründung und führt aus, seit Beschlussfassung des Wohnraumversorgungsgesetzes sei nichts geschehen.

Dieser Aussage widerspricht **Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz**. Es seien bereits verschiedene Prozesse angestoßen, die einfach eine gewisse Zeit benötigen.

**Beratungsergebnis:**

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, CDU, GR, FW, AFD; Ja: LINKE; StE: FDP).

**8. Resolutionsantrag: Gießen steht zur Seenotrettung** **STV/1286/2018**  
**- Antrag der Fraktion Gießener Linke vom 07.08.2018 -**

---

**Antrag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung möge folgende Erklärung beschließen und dem Bundeskanzleramt zukommen lassen:*

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gießen schließt sich der Initiative der Städte Köln, Bonn, Düsseldorf und Regensburg an.

Sie spricht sich mit Nachdruck für die Rettung von Geflüchteten im Mittelmeer aus, sowohl durch staatliche als auch durch zivilgesellschaftliche Rettungsorganisationen. Zivilgesellschaftlichen Rettungsorganisationen muss ihre Arbeit umgehend wieder ermöglicht werden. Ein Behindern der Rettungskräfte im Mittelmeer stellt nicht nur einen Bruch des Internationalen Seerechts dar, sondern ist auch nach deutschem Recht unterlassene Hilfeleistung.

Die Stadt Gießen erklärt sich bereit in Not geratene Menschen aufzunehmen und Schutz zu gewähren.

Die Stadt Gießen sieht sich den Menschenrechten verpflichtet und stellt fest: Zäune, Mauern und ein Kriminalisieren von Rettungskräften kann und darf nicht die Lösung der Flucht-Krise sein. Die Stadt Gießen fordert eine europäische Lösung bei der Verteilung der zu uns nach Europa Geflüchteten. Humanität und christliche Nächstenliebe kennt keine Kapazitätsgrenzen.“

**Begründung:**

In diesem Jahr sind bereits 1500 Menschen im Mittelmeer auf ihrer Flucht ertrunken. Allein ca. 700 in den Monaten seit private Organisationen an ihrer Rettungseinsätzen aktiv behindert werden. Seit Beginn der Humanitären Krisen in Syrien und Afrika sind mehr als 30.000 im Mittelmeer ertrunken.

**Beratungsergebnis:** Zurückgezogen.

**9. Verschiedenes**

---

**Stellv. Vorsitzender** teilt mit, dass die nächste Sitzung des Ausschusses am 12.09.2018, 19:00 Uhr stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

**DER STELV. VORSITZENDE:**

(gez.) U e l m a n

**DIE SCHRIFTFÜHRERIN:**

(gez.) B e n z